

»Verschuldung wird zementiert«
Bürgerentscheid in Mülheim zu Verbot von Privatisierungen. Ein
Gespräch mit Lothar Reinhard
Rolf-Henning Hintze

Lothar Reinhard ist Fraktionsvorsitzender der Mülheimer Bürger-Initiativen (MBI) im Stadtrat der Ruhrgebietsstadt, www.mbi-mh.de

In Mülheim an der Ruhr war die Privatisierung kommunalen Eigentums nach einem erfolgreichen Bürgerentscheid zwei Jahre lang untersagt. Am Sonntag sind die Mülheimer aufgerufen, diesen Beschluß zu erneuern. Was war die Konsequenz des Bürgervotums von 2005?

Lothar Reinhard (L.R.): Wir haben erreicht, daß städtische Altenheime nicht verkauft wurden und die Privatisierung des städtischen Nahverkehrs (ÖPNV) erst einmal zu den Akten gelegt werden mußte. Die Pläne können aber jederzeit wieder hervorgeholt werden. Das passiert mit den immer gleichen Argumenten: Die Stadt ist pleite, und Private machen alles besser und billiger.

Worin bestehen Ihre Hauptbedenken gegen sogenannte Public Private Partnerships (PPP), neuerdings auch ÖPP, Öffentlich-private Partnerschaft, genannt?

L.R.: Durch diese Form der Privatisierung wird die Verschuldung der Kommunen mittel- und langfristig zementiert, und die Städte verlieren jegliche demokratische Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeit. Eine sog. Öffentlich-Private Partnerschaft liegt zum Beispiel vor, wenn der Baukonzern Hochtief eine Schule nicht nur baut oder saniert, sondern die Gebäude auch 25 Jahre lang betreibt. Die Kommune ist dann »Mieter im eigenen Gebäude«. Als Schulträger gibt die Stadt ihre Hoheit an eine Privatfirma ab, deren Handlungsmaxime der Gewinn ist. Dadurch sind Konflikte programmiert. Dazu kommen Geheimverträge, die nur einem Prinzip dienen: Bezahlt wird öffentlich, verdient wird privat. Das nennt sich dann Partnerschaft.

Die rechtlich bindende Kraft des Bürgerentscheids von 2005 ist ausgelaufen. Fast sofort wurde im Stadtrat durchgesetzt, daß ein Medienhaus als PPP-Projekt gebaut wird. Sie haben vor allem gegen den sogenannten Einredeverzicht protestiert. Was ist darunter zu verstehen?

L.R.: Die Baufirma überträgt ihre Forderungen an eine Bank, die von der Stadt 25 Jahre lang einen Festbetrag kassiert. Dafür unterschreibt die Stadt einen »Einredeverzicht«, der besagt, daß sie immer zahlt - egal ob die Firma pleite geht oder mangelhafte Leistungen erbringt. Die Stadt hat kein Mietkürzungsrecht und trägt, anders als die Baufirma und deren Bank, alle Risiken.

Weil die überschuldete Stadt angeblich kein Geld für die Sanierung aufbringen kann, sollen jetzt auch marode Schulen in Mülheim mit Hilfe von PPP wieder instand gesetzt werden. Warum lehnen Sie das ab?

L.R.: Es geht darum, die Prioritäten im Haushalt anders zu setzen. Die Sanierung unserer Schulen muß als kommunale Aufgabe vorne anstehen. Insbesondere in den bankrotten Ruhrgebietsstädten muß die kommunale Selbstverwaltung neu geregelt werden. Dazu gehört es auch, die kommunale Verschwendung zu reduzieren. PPP-Modelle sind in keinem Fall eine Lösung, weil sie die unsolide Haushaltsführung durch unseriöse Finanzierungstricks nur verschlimmern.

Welche Maßnahmen schlägt Ihre Fraktion vor, um an Gelder für die Sanierung der maroden Schulräume zu kommen?

L.R.: Wir sind keine Partei, sondern eine kommunale Wählergemeinschaft. Wir können und wollen keine Millionen aus dem Hut zaubern, um jahrelange Versäumnisse der Parteien und der Verwaltung auszubügeln. Das wäre genauso unredlich, wie es die ÖPP-Modelle sind. Wir wollen, daß die Diskussion über Schwerpunkte kommunalen Handels endlich ernsthaft geführt wird. Vor allem müssen die Bürger mit ihrem Sachverstand einbezogen werden. PPP ist nichts anderes als ein verdeckter Kredit, der aber auf Dauer viel teurer kommt. Ganz unabhängig von den vielen weiteren Risiken und dem wachsenden Einfluß der Konzerne. Wir wollen zum Beispiel verhindern, daß ein »Konzept Zukunftsschule für Mülheim« direkt vom Baukonzern Hochtief entworfen wird.

Am Sonntag wird erneut abgestimmt. Rechnen Sie mit einem Ja der Bevölkerung zu der Frage, ob weitere Privatisierungen verhindert werden sollen?

L.R.: Darüber will ich nicht spekulieren. Klar ist, die Argumente sind auf unserer Seite. Aber die Privatisierer haben keine Kosten und Mühen gescheut. CDU, SPD und FDP haben zum Beispiel mit einer massiven Plakatwerbekampagne für das »Nein« geworben. Die Grünen, die beim letzten Bürgerentscheid noch mit uns an einem Strang gezogen haben, sind nicht mehr dabei. Sie sind da, wo sie sich seit Jahren am liebsten sehen: zwischen allen Stühlen. Mit einem konsequenten »Ja, aber« oder »Nein, obwohl« halten sie sich fein raus. Auch beim Bürgerentscheid vor zwei Jahren war ihre aktive Beteiligung nur knapp über dem Gefrierpunkt.